

Bericht über den Workshop

„Politischer Wandel – Religiöser Wandel“

des DVRW-Arbeitskreises Religionen und Politik

Universität Bayreuth, 26. und 27. April 2013

Unter dem Titel „Politischer Wandel – Religiöser Wandel“ organisierte der 2012 gegründete *Arbeitskreis Religionen und Politik* der Deutschen Vereinigung für Religionswissenschaft (DVRW) einen Workshop an der Universität Bayreuth. Der thematische Doppelfokus auf politischen und religiösen Wandel wurde vom Organisationsteam des Workshops bewusst gewählt, weil die innewohnenden Dynamiken von politischen Umbruchsprozessen (wie z.B. Revolutionen, Regierungswechsel, Reformen o. Ä.) zu den interessantesten Aspekten des Themenfeldes Religionen und Politik gehören. Der Fokus auf Umbruchsprozesse bot dabei zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine dezidiert religionswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themengebiet: Gerade weil hierbei Politik und Religion nicht als statische Systeme betrachtet werden, sondern als dynamische Entitäten, die sich durch einen wechselseitigen Austauschprozess verändern, kann sowohl der Einfluss von Religion auf Politik, als auch die Wirkung von politischen Rahmenbedingungen auf Religion(en) analysiert werden.

Wie schon in den zwei vorangegangenen Workshops, die maßgeblich zur Gründung des Arbeitskreises beigetragen haben, kamen zu diesem Workshop Religionswissenschaftlerinnen und Religionswissenschaftler zusammen, um ausgehend von Kurzvorträgen und eigenen Forschungsprojekten die vielfältigen Interdependenzen zwischen politischem und religiösem Wandel sowohl religions-, epochen- und auch kulturvergleichend zu erörtern als auch die Ähnlichkeiten und Unterschiede der vorgestellten Fallbeispiele gemeinsam zu systematisieren. Diesem Ziel folgend wurden am ersten Workshoptag ein Auftaktvortrag und vier Kurzvorträge präsentiert und im Rahmen des Plenums diskutiert. Am zweiten Tag standen ausgehend vom Auftaktvortrag die gemeinsame Diskussion und die Ausarbeitung eines systematischen Frameworks im Mittelpunkt.

In seinem Auftaktvortrag stellte Ansgar JÖDICKE (Universität de Fribourg, Schweiz) vier aufeinander aufbauende Thesen zum Themenfeld ‚politischer Wandel – religiöser Wandel‘ vor: Die erste These widmet sich der analytischen Ebene. So sei es möglich Religion und Politik auf dieser Ebene als eigenständige Entitäten zu unterscheiden und strukturell zu identifizieren. Dem gegenüber betont die zweite These, dass es zu diskursiven Aushandlungsprozessen komme, wenn das Verhältnis von Religion und Politik zueinander und ihre jeweiligen funktionellen gesellschaftlichen Zuständigkeiten bestimmt werden sollen. Die dritte These nahm explizit Bezug auf das Thema des Workshops, den Wandel. Die verschiedenen theoretischen Zugänge zum Themenfeld Religion und Politik ließen sich in ein Vierfelderschema einordnen: Wenn z. B. in einer wissenschaftlichen Arbeit das Verhältnis zwischen Religion und Politik bestimmt werde, werde zumindest implizit angenommen, dass beide Entitäten statisch seien (Feld 1: Politik und Religion sind statisch - Bsp.: Bestimmung des Staat-Kirche-Verhältnis). Wenn der Einfluss der Politik auf Religion thematisiert werde, liege das Forschungsinteresse vornehmlich auf der Frage, inwieweit sich Religion unter dieser Bedingung wandle (Feld 2: Politik ist statisch, Religion dynamisch - Bsp.: Auswirkungen politischer Regulation auf Religion(en)). Wenn umgekehrt der Einfluss von Religion auf Politik untersucht werde, soll analysiert werden, ob, und wenn ja in welche Richtung, sich Politik dadurch wandle (Feld 3: Religion ist statisch, Politik ist dynamisch - Bsp.: Beitrag der Religion(en) zu politischen Revolutionen, (In-)Stabilität bzw. Demokratisierung). Werde von Religion und Politik als dynamischen Entitäten ausgegangen, liege der Fokus auf den Interpendenzen zwischen den beiden (Feld 4: Politik und Religion sind dynamisch - Bsp.: Modernisierung und religiöser Wandel). Von diesen Setzungen ausgehend präsentierte JÖDICKE die vierte These, wonach die Religionswissenschaft einen politischen Wandel nicht ohne eine Positionierung zu bzw. die Anwendung von Makrotheorien gesellschaftlichen Wandels (z. B. Modernisierungs-, Differenzierungs- oder Säkularisierungstheorie) thematisieren könne.

Daran anschließend wurde im vorgegebenen Spannungsfeld politischer Wandel – religiöser Wandel „Der französische Frühsozialismus“ von Julian STRUBE (Universität Heidelberg) thematisiert. Dabei verdeutlichte er, dass anders als beim religionskritischen Sozialismus deutscher und britischer Prägung, die französischen Frühsozialisten der 1840er Jahre zutiefst christlich eschatologisch geprägt waren und einen „spirituellen Niedergang“ ihrer Zeit beklagten. Ihnen ging es um eine Realisierung des Christentums auf Erden durch den politischen Kommunismus. Als Ursache für diese spezifische Entwicklung wurden vom Referenten die tief greifenden politischen Veränderungen der französischen Revolution herausgearbeitet, die einerseits antiklerikale Tendenzen,

andererseits aber auch die Suche nach religiösen Neuinterpretationen verstärkten – insbesondere solche, die im Anschluss an die Aufklärung Religion mit Wissenschaft, Philosophie und Vernunft in Einklang zu bringen vermochten. STRUBE verwies in diesem Kontext auch auf die zeitlichen und inhaltlichen Parallelen bei der Entstehung alternativer religiöser Strömungen wie den Okkultismus.

Marlen RABL (Universität Bayreuth) skizzierte in ihrem Kurzvortrag die „Strukturen religiöser Einflussnahme in der EU und ihre Auswirkungen auf die Verfasstheit religiöser Gruppen“. Dabei fokussierte sie zunächst auf die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelten Strukturen religiöser Einflussnahme auf die EU-Gremien. In einem zweiten Schritt wurden die durch den Vertrag von Lissabon 2009 besiegelte Neuordnung der EU und dessen Bedeutung für die Beziehungen zwischen Religionsgemeinschaften und EU-Gremien erörtert. Auch wenn in diesem Vertrag der Dialog zwischen EU-Gremien und Religionsgemeinschaften als Prozess, der zu einer europäischen Integration beitragen sollte, definiert wurde und somit anders als in Vorgängerdokumenten die Rolle von Religionsgemeinschaften für die europäische Gesellschaft überhaupt thematisiert wurde, gebe es keine institutionellen Konsequenzen: Die Möglichkeiten der Einflussnahme für Religionsgruppen hätten sich trotz des politischen Wandels nicht gewandelt.

Franz KOGELMANN (Universität Bayreuth) widmete sich dem islamischen Stiftungswesen im Spannungsfeld von Religion und Politik sowie dessen Auswirkungen auf das religiöse Leben Ägyptens. So verdeutlichte er, dass die Institution der islamischen Stiftung, *waqf*, trotz der politischen Brüche über die Jahrhunderte zentral gewesen sei und z. B. in Ägypten als einzige kontinuierliche Institution angesehen werden könne. Allerdings griffen seit dem 19. Jahrhundert politische Akteure auf unterschiedlichste Weise auf das islamische Stiftungswesen als finanzielles Rückgrat der religiösen Infrastruktur des Landes zu. So sei es unter den jeweils herrschenden politischen Rahmenbedingungen sowohl zu Verstaatlichung des islamischen Stiftungswesens, als auch zu gegenläufigen Planungen gekommen, die diese Institution als Modell genuin islamischer Zivilgesellschaft dem staatlichen Zugriff zu entziehen versuchten.

Nina GEHRIG (Leibniz Universität Hannover) stellte ihren Forschungsansatz zur Frage nach der Integration von Muslimen in Australien vor, der als Teil ihrer Doktorarbeit konzipiert ist. Sie machte deutlich, dass viele der gegenwärtigen Rahmenbedingungen, mit denen sich die muslimische Minderheit in Australien auseinandersetzt, durch politische Entscheidungen beeinflusst wurden,

die in der Vergangenheit zunächst nicht primär etwas mit Religion zu tun hatten, wie z. B. migrationspolitische Ansätze, die von einer strikten „white policy“ Anfang des 20. Jahrhunderts bis hin zu einer sich als multikulturell verstehenden Gesellschaft in der Gegenwart reichen. Anhand von Interviews von öffentlichen Personen in Australien, die muslimischen Glaubens sind, plant GEHRIG die Situation von Muslimen in der öffentlichen Wahrnehmung zu rekonstruieren und Aussagen über den Wandel des muslimischen religiösen Selbstverständnisses im Migrationsprozess bzw. zwischen den Generationen zu erhalten. Basierend auf diesem Forschungsansatz soll geklärt werden, inwieweit der politische Wandel dabei einen Wandel des religiösen Selbstverständnisses evozierte.

Am zweiten Tag des Workshops wurden die von Ansgar JÖDICKE im Auftaktvortrag vorgestellten Thesen im Plenum ausführlich erörtert. Insbesondere die ersten beiden Thesen, wonach sich Religion und Politik auf der analytischen Ebene kultur- und epochenübergreifend unterscheiden lassen, das Verhältnis zueinander und die Funktionszuordnung aber diskursiv erfolge, wurden kontrovers diskutiert.

Im Hinblick auf verschiedene Forschungsansätze wurden dabei drei Argumentationsstränge herausgearbeitet:

1. Die Unterscheidung von Religion und Politik werde erst in der Moderne gezogen.
2. Die analytische Trennung von Religion und Politik sei nicht sinnvoll, weil ein Trennungsparadigma selbst eine Ideologie darstelle, die in einer bestimmten historischen Situation (englische Revolution) entstanden sei, um politische Herrschaft zu legitimieren.
3. Religion und Politik seien sowohl in der Geschichte als auch kulturübergreifend auf der sprachlichen Ebene trennbar.

Besonders kritisiert wurde der zweite Argumentationsstrang, der postuliert, dass sich Phänomene durch die Begriffe „Religion“ und „Politik“ nicht analytisch kategorisieren ließen, da diese Annahme – dialektisch betrachtet – schon davon ausgehe, es handle sich um zwei getrennte Phänomene. Auch der Alternativvorschlag aus dem Plenum, die Anwendung von analytischen Konzepten wie „Religion“ und „Politik“ ganz zurückzustellen und stattdessen mit Begriffen zu arbeiten, die in den untersuchten (historischen) Quellen für soziale Phänomene benutzt werden, wurde kritisiert. Eine derartig arbeitende religionswissenschaftliche Forschung sei nicht mehr an politikwissenschaftliche und soziologische Diskurse anschlussfähig. Ein weiteres Problemfeld wurde mit dem

Begriff der ‚interpretativen Perplexität‘ benannt. Gemeint ist damit die Problematik, dass vieles, von dem wir meinen, es genau zu wissen, bei näherem Hinschauen in die Archive seine Klarheit verliert und andere Interpretationen abverlangt.

Auf die Diskussion der ersten beiden Thesen baute die Erörterung der vier verschiedenen Kategorien der These 3 auf. Dabei wurde deutlich, dass religiöser und politischer Wandel in vielfältigen Modernisierungstheorien verankert worden ist, die aber nicht als normativer Entwicklungsprozess angesehen werden sollten: So können Politik und Religion gleichsam Modernisierung unterstützen und hemmen.

In der Diskussion der vierten These, stand die Frage im Mittelpunkt inwieweit eine religionswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Makrotheorien notwendig sei, gerade wenn der Fokus auf der Erforschung von Religion *und* Politik liege. Die deutschsprachige Religionswissenschaft beschäftige sich zwar systematisch mit Religion und betrachte Religion dabei häufig als Universal-kategorie, die über Zeit und Raum hinweg existiert – religionswissenschaftliche Aussagen, die über diesen klassischen Gegenstandsbereich hinausgingen, gebe es aber selten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass eigene religionswissenschaftliche Theorieansätze – sehe man von phänomenologischen Zugängen oder der Dekonstruktion des Religionsbegriffes einmal ab – zum eigenen Gegenstandsbereich rar seien. Die Anwendung von, zumindest aber die Positionierung zu Markotheorien sei deshalb unvermeidlich. In diesem Sinne wurde im Plenum eine fünfte These formuliert, wonach die Auseinandersetzung mit politischem und religiösem Wandel einer Methodenvielfalt bedarf.

Im Rahmen der Abschlussdiskussion wurde auch über die anstehenden Aktivitäten des AK Religionen und Politiken informiert: So wird der Arbeitskreis auf der DVRW-Tagung im September 2013 ein Tripelpanel um Thema *Religionen und politische Herrschaft* anbieten. Des Weiteren ist für Ende 2014 eine Tagung zusammen mit Jörn Rüpke von der Universität Erfurt geplant.